

Es wird eng für Markwalder

Lobbyismus In der Kasachstan-Affäre nimmt der Druck auf FDP-Nationalrätin Christa Markwalder zu

VON DENNIS BÜHLER

Mit einem Pressecommuniqué versuchte Christa Markwalder gestern Nachmittag den Befreiungsschlag. «Zu meinen Fehlern stehe ich», schrieb sie. So müsse sie sich unter anderem den Vorwurf der Gutgläubigkeit gefallen lassen. Allerdings sei sie noch nie in Kasachstan gewesen und habe in guter Absicht gehandelt. Und: «Ich habe keine vertraulichen Kommissionsprotokolle oder dergleichen nach Kasachstan geschickt.» Tatsächlich hatte dies ein Titel der gestrigen «SonntagsZeitung» insinuiert, weshalb Markwalder auf Twitter von einer «Rufmordkampagne» schrieb.

Rechtlich betrachtet macht es allerdings keinen Unterschied, ob die Berner FDP-Nationalrätin Dokumente direkt an Kasachstan übermittelte oder diese erst via die PR-Agentur Burson-Marsteller nach Zentralasien fanden. «Grundsätzlich gilt: Alle Kommissionsunterlagen sind vertraulich. Sie dürfen nur an Dritte weitergegeben werden, wenn dies die Kommission genehmigt», sagte Mark Stucki, Sprecher der Parlamentsdienste, gestern auf Anfrage.

Er widersprach damit der Darstellung Markwalders in der Sonntagspresse. Diese hatte sich mit den Worten zitieren lassen, die rechtliche Regelung sei «unklar». Ihr FDP-Kollege Felix Gutzwiller, Präsident der ständerätlichen Aussenpolitischen Kommission, habe ihr gegenüber von einem «Graubereich» gesprochen. Am Mittwoch hatte die NZZ publik gemacht, dass Markwalder vor zwei Jahren einen Vorstoss einreichte, den ihr die für Burson-Marsteller arbeitende Lobbyistin Marie-Louise Baumann vorgelegt und dessen Inhalt diese zum Preis von 7000 Franken im Detail mit einer kasachischen Partei ausformuliert hatte. Seit gestern steht zudem der Vorwurf im Raum, Markwalder habe Kommissionsgeheimnisse verraten.

«Vertrauen gesunken»

Trotz des Eingeständnisses von Fehlern nimmt der Druck auf Aussenpolitikerin Markwalder zu. Erste Forderungen, der gegenwärtigen Vizepräsidentin des Nationalrats sei im kommenden Jahr das Präsidialamt zu verweigern, werden laut. «Noch gilt die Unschuldsvermutung», sagte SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz in der «SonntagsZeitung». «Bestätigt sich aber die Verletzung des Kommissionsgeheimnisses, kommt Markwalder für das Präsidium nicht mehr infrage.» Die Zürcher CVP-Nationalrätin Kathy Riklin äusserte sich auf Anfrage besorgt, der Fall Markwalder könne dazu führen, dass die aussenpolitische Kommission von der Verwallung in Zukunft noch weniger Informationen aus erster Hand erhalte als bis anhin schon. «Mein Vertrauen in meine Parlamentskolleginnen und -kollegen ist durch diesen Fall weiter gesunken», sagte sie. «Das ist sehr bedauerlich.»

Auch linke Parteien, die der EU-Befürworterin Markwalder in der Regel positiv



Muss sich erklären: Nationalrätin Christa Markwalder (FDP, BE) soll das Kommissionsgeheimnis verletzt haben. KEY



«Grundsätzlich gilt: Alle Kommissionsunterlagen sind vertraulich. Sie dürfen nur an Dritte weitergegeben werden, wenn dies die Kommission genehmigt.»

Mark Stucki
Sprecher Parlamentsdienste

gesinnt sind, äusserten sich kritisch. «Dass ein anderes Land und nicht «nur» eine Firma wie beispielsweise Glencore hinter dieser Lobbyismus-Offensive steht, gibt diesem Fall eine neue Dimension», sagte Regula Rytz, Co-Präsidentin der Grünen. «Dieser Fall muss dazu führen, dass sich das Parlament endlich verbindlichere Aufgaben gibt und mehr Transparenz schafft.»

«Keine Weltverbesserer»

Heute nimmt sich auch Markwalders Partei des Falles an. Die Parteileitung werde über die ganze Angelegenheit beraten und «zu gegebener Zeit» kommunizieren, teilte FDP-Präsident Philipp Müller mit, der sich gestern nicht weiter zur Causa äussern wollte. Dafür sprach der Ausserrhoder FDP-Nationalrat Andrea Caroni. «Eine Public-Affairs-Gesellschaft wie Burson-Marsteller ist keine Vereinigung von Weltverbesserern», sagte er. «Deshalb hätte Christa Markwalder schon hinterfragen müssen, wer hinter diesen Anliegen steckt.» Ihr aus dieser mangelnden Vorsicht nun einen Strick drehen zu wollen, sei allerdings übertrieben. «Wir alle machen Fehler.» Zur Frage, als wie gravierend die mutmassliche Weitergabe von Kommissionsunterlagen zu beurteilen sei, sagte Rechtsanwalt Caroni: «Das Kommissionsgeheimnis kann nur als verletzt betrachtet werden, wenn an diesen Dokumenten ein

Geheimhaltungsinteresse bestand und deren Inhalt nicht bereits bekannt war.» Dafür habe er allerdings keine Hinweise.

Erhärtet sich der Verdacht, dass Markwalder vertrauliche Dokumente weiterreichte, kann das Büro des Nationalrates tätig werden. Jedes Nationalratsmitglied könne ans Büro gelangen und eine Verletzung des Kommissionsgeheimnisses geltend machen, sagte Mark Stucki. «Dann würde Christa Markwalder vorgeladen und angehört.» Riklin macht sich allerdings wenig Hoffnung. «Wegen Verdachts von Kommissionsgeheimnissen wird kaum je jemand gerügt», sagte sie. «Unterschiedliche politische Interessen bremsen das Parlament aus.»

Auch in der Frage, inwieweit im Lobbying-Bereich Transparenz geschaffen werden sollte, gingen und gehen die Meinungen im Parlament weit auseinander. «Die National- und Ständeräte haben sich in den vergangenen sechs Jahren standhaft geweigert, eine saubere Akkreditierung für Lobbyisten einzuführen, sodass unser Berufsverband letztlich selbst aktiv geworden ist», sagte Andreas Hugli von der zweitgrössten Schweizer PR-Agentur FurrerHugi.



Muss Christa Markwalder aufs Nationalratspräsidium verzichten? – Stimmen Sie online ab.

NACHGEFRAGT

«Kasachstan-Affäre wird so zur schweren Hypothek»

Herr Binz, Nationalrätin Markwalder steht unter Druck. Wie beurteilen Sie ihre Krisenkommunikation?

Roland Binz: Christa Markwalder steht kurz vor dem Zenit als designierte Nationalratspräsidentin. Das ist eine unheimlich belastende Situation zur Unzeit. Zwar hat sie am Mittwoch richtigerweise subito und auf allen Kanälen Stellung bezogen. Allzu glaubwürdig wirkte sie allerdings nicht. Sie ist sich offensichtlich kaum eines Fehlers bewusst und fühlt sich ungerechtfertigterweise an den Pranger gestellt. Auch wenn die Nähe zu mehr oder weniger seriösen Interessenvertretern für Parlamentarier und Insider selbstverständlich ist – für die breite Bevölkerung ist das eine irritierende Neuigkeit. Kurzum: Markwalders Krisenkommunikation ist geprägt von einer gefährlichen Innersicht – und verfehlt deshalb die Wirkung.

Markwalder hat ihr Verhalten mit Naivität erklärt. Funktioniert das?

Definitiv nicht. Es ist Christa Markwalder in den letzten Jahren gelungen, sich in breiten Kreisen als kompetente Politikerin zu etablieren. Es funktioniert vor allem dann nicht, wenn häppchenweise neue Fakten ans Licht kommen.

Was hätte sie denn tun sollen?

Statt zu versuchen, die Affäre auszuzitzen und die mediale Entrüstung als «Sturm im Wasserglas» abzutun, hätte sie vorausblickend alle Fakten offenlegen und Selbstkritik zeigen müssen. So hätte sie die Deutungshoheit zurückgewinnen und ihre Glaubwürdigkeit stärken können.

Sie sieht sich als Medienopfer und beklagt eine «Rufmordkampagne». Ist dies nicht kontraproduktiv?

In ihrem Fall schon. Es ist die Aufgabe der Medien, als vierte Gewalt im Staat genau hinzuschauen. Eigentlich ist Markwalder mediengewandt. Deshalb verwundert es mich, dass sie die Sache kleinredet, Kritik nicht zulässt und nicht ernst nimmt.

Ist eine Nationalratspräsidentin Markwalder noch kommunizierbar?

Es wird schwierig, zumal ihre gestrige Stellungnahme weiterhin wenig Einsicht und Problembewusstsein erkennen lässt. Die Kasachstan-Affäre wird so zur schweren Hypothek für die Kandidatur. INTERVIEW: DBU

ROLAND BINZ



Der ehemalige SBB-Sprecher leitet heute in Winterthur eine eigene Beratungsfirma, spezialisiert auf Krisenkommunikation.

Bundesanwaltschaft Staatsanwälte nicht wiedergewählt

In der Bundesanwaltschaft kommt es zu einer grösseren Personalrochade und zu Veränderungen: Bei der nächsten Wahlrunde werden eine Handvoll Staatsanwälte nicht mehr wieder gewählt. «Es handelt sich um etwas mehr als zehn Prozent der gewählten Staatsanwälte des Bundes», erklärte Informationschef André Marty auf Anfrage und bestätigte einen Bericht der «SonntagsZeitung». Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes macht die Bundesanwaltschaft keine Angaben zu einzelnen Personen und Gründen.

Die 31 Staatsanwälte des Bundes werden vom Bundesanwalt per Wahlverfügung auf vier Jahre gewählt. Die betroffenen Staatsanwälte werden also nicht entlassen, sondern nicht wiedergewählt. Änderungen gibt es auch bei den stellvertretenden Staatsanwältinnen und Staatsanwälten. Diese Funktion wird per 2016 aufgehoben. (SDA)

SP verliert ihren Sitz

Luzern In der Kantonsregierung sind die Linken erstmals seit 56 Jahren und die Frauen erstmals seit 28 Jahren nicht mehr vertreten.

Die Stimmberechtigten des Kantons Luzern haben im zweiten Wahlgang die beiden restlichen Regierungssitze zwei bürgerlichen Männern zugewiesen. Der parteilose bürgerliche Finanzdirektor Marcel Schwerzmann, der in den letzten Monaten wegen einer angeblich laschen Amtsführung in die Kritik geraten war, erzielte mit 65708 Stimmen das beste Resultat. Der 50-Jährige, der in den letzten acht Jahren mehrmals die Steuern gesenkt hatte, wertete dies als Bestätigung seiner Arbeit.

Einen Erfolg feiern konnte auch die SVP, die 2007 ihren Regierungssitz verloren hatte. Der Kandidat der zweitgrössten Luzerner Partei, der Krienser

Gemeindepräsident Paul Winiker, kam auf 54 500 Stimmen. Nun habe die SVP wieder Regierungsverantwortung, sagte der 59-Jährige nach seiner Wahl.

Für kein Mandat in der Regierung reichte es der Linken. SP-Kantonsrätin Felicitas Zopfi, die den Sitz der zurücktretenden Yvonne Schärli hatte verteidigen sollen, blieb deutlich zurück und kam nur auf 37 154 Stimmen. Die 56-jährige Zopfi zeigte sich für sich selbst und ihre Partei schwer enttäuscht über den Wahlausgang.

Bereits im ersten Wahlgang waren die bisherigen Regierungsräte Guido Graf (CVP), Reto Wyss (CVP) und Robert Küng (FDP) im Amt bestätigt worden. Der Luzerner Regierungsrat setzt sich somit neu wie folgt zusammen: CVP 2, FDP 1, SVP 1, parteilose 1.

Die SP gab sich am Wahltag nicht selbstkritisch, sondern machte für den Verlust ihrer Regierungsbeteiligung die Kampagne von FDP, SVP und der Wirtschaft gegen Zopfi verantwortlich. (SDA)

Kommunalwahlen Genfer Exekutive bleibt links

In Genf stehen die fünf bisherigen Mitglieder der Stadtregierung vor der Wiederwahl. Der im ersten Wahlgang abgestürzte Rémy Pagani liegt gemäss Zwischenergebnissen im zweiten Wahlgang auf dem fünften Platz. In Onex steht MCG-Gründer Eric Stauffer vor der Abwahl. Die Regierung der zweitgrössten Stadt der Schweiz dürfte damit klar linksdominiert bleiben. Nach der Auszählung von ungefähr 95 Prozent der Stimmen steht Sami Kanaan (SP) an der Spitze, gefolgt von Esther Alder (Grüne), Sandrine Salerno (SP) und Guillaume Barazzone (CVP).

Auf dem fünften Platz folgt der Linksaussen-Politiker Pagani, der im ersten Wahlgang am 20. April nur auf den achten Platz gekommen war. Nach einem Alleingang der Alternativen Linken im ersten Wahlgang scheint sich damit die Allianz mit der SP und den Grünen im zweiten Durchgang auszuzahlen. (SDA)

NACHRICHTEN

SAUDI-ARABIEN Vorerst keine Waffenlieferungen mehr

Die Schweiz liefert vorerst keine Rüstungsgüter mehr an Saudi-Arabien. Ein Sprecher des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) bestätigte einen entsprechenden Bericht der «SonntagsZeitung». Zwischen Januar und März dieses Jahres hatte die Schweiz noch Kriegsmaterial für 1,216 Millionen Franken nach Saudi-Arabien geliefert. (SDA)

GOTTHARD-BASISTUNNEL Baustelle stösst am Besuchstag auf Interesse

Die SBB haben am Samstag die Baustellen der beiden Erhaltungs- und Interventionszentren am Nord- und am Südportal des Gotthard-Basistunnels dem Publikum geöffnet. Der Tag der offenen Baustelle zog auf beiden Seiten schätzungsweise je 500 Personen an. (SDA)